

29.02.24

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zum Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz
Parlamentarischer Staatssekretär

Berlin, 15. Februar 2024

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Manuela Schwesig

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

namens der Bundesregierung übersende ich Ihnen in der Anlage die Antwort der Bundesregierung zur Entschließung des Bundesrates zum Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (BR-Drs. 383/19 (Beschluss)) vom 20. September 2019.

Mit freundlichen Gren
Stefan Wenzel

siehe Drucksache 383/19 (Beschluss)

Antwort der Bundesregierung zur Entschließung zum Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (BR-Drs. 383/19 (Beschluss))

Zu der Entschließung des Bundesrates vom 20. September 2019 wird wie folgt Stellung genommen:

Das **BMWK hält eine Überprüfung für nicht erforderlich**, da diese sog. Freistellungs-grenze **mittlerweile obsolet** ist und **im Rahmen der notwendigen Novelle des EDL-G gestrichen** werden wird.

Die Pflicht zur Durchführung von Energieaudits für Unternehmen basiert auf Vorgaben aus der EU-Energieeffizienzrichtlinie (**EED**), danach waren **grundsätzlich alle Nicht-KMU zur Durchführung von Energieaudits verpflichtet (Art. 8 EED a.F.)**. Die Freistellungs-grenze sollte Unternehmen von der Pflicht befreien, die zwar Nicht-KMU sind und damit zur Durchführung von Energieaudits nach §§ 8 Absatz1 i.V.m. 1 Nummer 4 EDL-G verpflichtet sind, deren Energieverbrauch aber so gering ist, dass die Durchfüh-rung eines Energieaudits aufgrund der potenziell geringen Energieeinsparpotenziale in der Regel nicht wirtschaftlich wäre.

Die **Neufassung der Energieeffizienzrichtlinie (Richtlinie (EU) 2023/1791) ist am 10. Oktober 2023 in Kraft** getreten. Insbesondere gab es wesentliche **Änderungen im Bereich der Energieauditpflicht für Unternehmen**. In der Neufassung der EED sind nach Artikel 11 n. F. alle Unternehmen mit einem jährlichen **Energieverbrauch von mehr als 10 TJ (entspricht ca. 2,77 GWh) zur Durchführung von Energieaudits verpflicht-et, unabhängig von der Unternehmensgröße**. Nicht-KMU mit nur geringen Energie-verbräuchen sind damit künftig nicht mehr grundsätzlich verpflichtet Energieaudits durch-zuführen. Die Freistellungs-grenze für Nicht-KMU mit geringem Energieverbrauch wird daher, in Umsetzung der neuen Vorgaben der EED im Rahmen der Novelle des EDL-G, **gestrichen werden**. Mithin bedarf es auch keiner Evaluierung der Freistellungs-grenze.